

## Die wirtschaftliche Lage in Deutschland im Dezember 2012

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland im Dezember 2012[1] Das nach wie vor schwierige internationale und vor allem europäische Umfeld hat das Wachstum der deutschen Wirtschaft im Jahresverlauf gebremst und dürfte es auch im Schlussquartal weiter abschwächen. Belastend wirken vor allem die geringe Investitionsbereitschaft und die schwache Entwicklung der Industrieproduktion. Auch das Exportwachstum verlor an Schwung. Positive Impulse kommen hingegen vom privaten Konsum, der vor dem Hintergrund einer nach wie vor relativ günstigen Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung die Konjunktur auch weiter stützen dürfte. Erste Aufhellungen bei den Stimmungsindikatoren könnten ein Zeichen dafür sein, dass die Schwächephase nach dem Winterhalbjahr allmählich überwunden wird. Das schwierigere internationale Umfeld belastet die deutsche Konjunktur. Angesichts der zögerlichen Entwicklung der Weltwirtschaft und insbesondere der rezessiven Tendenzen im Euroraum schwächte sich das Wachstum der deutschen Wirtschaft im Jahresverlauf ab. Gemessen an diesen ungünstigen Rahmenbedingungen erwies sich die wirtschaftliche Entwicklung bis in das dritte Quartal dieses Jahres dennoch als recht widerstandsfähig. Das Bruttoinlandsprodukt erhöhte sich preis-, kalender-, und saisonbereinigt [2] mit +0,2 % allerdings weniger stark als in den beiden Quartalen zuvor. Dämpfend wirkten sich der anhaltende und kräftige Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen sowie der Vorratsabbau aus. Dies konnte durch die Zunahme der privaten und staatlichen Konsumausgaben sowie der Bauinvestitionen allerdings nahezu kompensiert werden. Die maßgeblichen Wachstumsimpulse kamen wie schon im gesamten laufenden Jahr vom Außenbeitrag. Zwar verlangsamte sich das Exportwachstum, noch stärker aber nahm - vor allem als Folge der schwachen Investitionsentwicklung - der Importzuwachs ab. Für die kommenden Monate zeichnen die Frühindikatoren ein gedämpftes Bild, aber durchaus mit Lichtblicken. Zwar blieben die Auftragsgänge in der Industrie in der Tendenz abwärts gerichtet, auch wenn sie sich im Oktober saisonbereinigt wieder deutlich erhöht haben; die Aktivität in der deutschen Industrie dürfte daher vorerst verhalten bleiben. Andererseits hat sich die Stimmung in der Wirtschaft nach Monaten der Eintrübung im November leicht aufgehellt. Die Indikatoren notieren allerdings auf einem insgesamt niedrigen Niveau. Die Stimmungsverbesserung könnte jedoch ein erstes Signal für ein Auslaufen der Schwächephase nach dem Winterhalbjahr sein. Auch die Signale aus dem weltwirtschaftlichen Umfeld sind gemischt. In den südeuropäischen Ländern dauern die teilweise ausgeprägten Rezessionen an. Angesichts der notwendigen Anpassungsprozesse ist in der Eurozone im Jahresschlussquartal mit einer weiteren Abschwächung und erst im späteren Verlauf des kommenden Jahres mit einer Erholung zu rechnen. Ein Anspringen des Wachstums der US-Wirtschaft als größtem Wirtschaftsraum ist nach den vorliegenden Indikatoren und vor dem Hintergrund politischer Unwägbarkeiten noch keineswegs gesichert. Vermehrt positive konjunkturelle Nachrichten kamen dagegen zuletzt aus China, das der globalen Wirtschaft wieder stärkere Impulse geben könnte. Vieles spricht dafür, dass im Laufe des kommenden Jahres mit einer Belebung der Weltwirtschaft gerechnet werden kann. Die Abwärtsrisiken bleiben aber beachtlich. Zusammengefasst deuten die nationalen und internationalen Konjunktursignale vorerst auf eine weitere Abschwächung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland im Jahresschlussquartal hin. Von maßgeblicher Bedeutung ist hierbei die Industrie. Mit einem deutlichen Rückgang der industriellen Erzeugung im Oktober um saisonbereinigt 2,4 % setzte sich die schwache Produktionsentwicklung den dritten Monat in Folge fort. Gleichzeitig ging die Bauproduktion im Oktober um 5,3 % zurück. Auch aufgrund der tendenziell schwachen Auftragsgänge der letzten Monate sind aus der Industrie vorerst keine wesentlichen konjunkturellen Impulse zu erwarten. Die Bestellungen im Bau zeigen bei starken monatlichen Schwankungen derzeit keine eindeutige Tendenz. Allerdings bleiben die Rahmenbedingungen für den Bau vor allem wegen der anhaltend niedrigen Zinsen und der positiven Einkommensperspektiven weiterhin relativ günstig. Das Exportwachstum verlor in den vergangenen Monaten spürbar an Dynamik. Die Importe von Waren entwickeln sich trotz eines kräftigen Anstiegs im Oktober derzeit tendenziell seitwärts. Dies ist nicht zuletzt Ausdruck der gedämpften binnenwirtschaftlichen Nachfrage. Der abnehmende Exportüberschuss ist ein weiterer Grund für die gedämpfte gesamtwirtschaftliche Entwicklung im Winterhalbjahr. Vom privaten Konsum gingen im dritten Quartal dieses Jahres spürbar positive Impulse aus. Die derzeit rückläufige Tendenz der Einzelhandelsumsätze deutet aber auf eine zurückhaltendere Entwicklung der privaten Konsumausgaben hin. Andererseits hellte sich das Geschäftsklima im Einzelhandel im November deutlich auf. Auch die weiterhin günstigen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, wie die Entwicklung der Beschäftigung, der Tariflöhne und der Preise, sprechen für eine weitere Zunahme der privaten Konsumausgaben in den nächsten Monaten. Zu dieser positiven Perspektive trägt bei, dass zu Beginn des kommenden Jahres Entlastungen bei der Einkommensteuer und die Senkung der gesetzlichen Rentenbeiträge die Kaufkraft der Verbraucher spürbar stärken. Angesichts der schwächeren Konjunktur zeigt sich der Arbeitsmarkt nach wie vor in guter Verfassung. Der Beschäftigungsaufschwung ist zwar vorerst zum Stillstand gekommen und der Anstieg der Arbeitslosigkeit setzte sich zuletzt im November mit einer leichten Zunahme um saisonbereinigt 5.000 Personen fort. Frühindikatoren wie der BAX-Stellenindex oder das ifo-Beschäftigungsbarometer deuten aber keine signifikante Verschlechterung der Lage an. Die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen ist zwar zurückhaltender geworden, die Zugänge an gemeldeten Arbeitsstellen bewegen sich aber immer noch auf hohem Niveau. Bei den Anzeigen an konjunktureller Kurzarbeit war bislang keine außergewöhnliche Zunahme zu verzeichnen. Aktuell gibt es danach keinen zwingenden Handlungsbedarf. Trotzdem hat die Bundesregierung vorsorglich die maximale Kurzarbeitergeld-Bezugsdauer von 6 auf 12 Monate verlängert. Damit bietet sie Unternehmen eine verlässliche Grundlage für die Geschäftsplanung 2013 und stärkt das Vertrauen. Eine weitere Öffnung des arbeitsmarktpolitischen Instrumentenkastens ist nicht angezeigt. Sie wäre zudem angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Lage und auch der Erwartungen der Unternehmen ein falsches konjunkturelles Signal. Hinweis: Eine ausführliche Darstellung und Kommentierung der wirtschaftlichen Lage und Entwicklung wird in der Januar-Ausgabe des Monatsberichts "Schlaglichter der Wirtschaftspolitik" veröffentlicht. Die Januar-Ausgabe wird voraussichtlich Ende der 52. Kalenderwoche auf der Internetseite des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie zu finden sein. [1] In diesem Bericht werden statistische Daten verwendet, die bis zum 10. Dezember 2012 vorlagen. [2] Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsdaten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter, sowie nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA kalender- und saisonbereinigter Angaben. Kontakt: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) Scharnhorststr. 34-37 11019 Berlin Deutschland Telefon: +49 (0) 30-2014-9 Telefax: +49 (0) 30-2014-7010 Mail: buero-lp1@bmwi.bund.de URL: <http://www.bmwi.de>  [http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n\\_pnr\\_517057](http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pnr_517057) width="1" height="1">

### Pressekontakt

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi)

11019 Berlin

bmwi.de  
buero-lp1@bmwi.bund.de

### Firmenkontakt

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi)

11019 Berlin

bmwi.de  
buero-lp1@bmwi.bund.de

Nach der Bundestagswahl im September 2005 wurden die Arbeitsbereiche des bisherigen Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit in zwei neue Ministerien eingegliedert. Das neue Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie wird von Michael Glos geleitet. Zentrales Anliegen der Politik des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) ist es, das Fundament für wirtschaftlichen Wohlstand in Deutschland mit breiter Teilhabe aller Bürger sowie für ein modernes System der Wirtschaftsbeziehungen zu legen. Zum Geschäftsbereich des BMWi gehören 7 Behörden:  
Bundeskartellamt Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen Bundesagentur für Außenwirtschaft Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung Physikalisch-Technische Bundesanstalt Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe